

## **ANTRAG**

### **der Fraktionen der CDU und SPD**

#### **Unrecht aufklären, Unterlagen über Patienten, an denen medizinische Versuche durchgeführt wurden, sichern und auswerten**

Der Landtag möge beschließen:

Staaten, die - beispielsweise zur Devisenbeschaffung - ermöglichen, dass Teile ihrer Bevölkerung gegen ihren Willen oder in Ausnutzung ihrer Unkenntnis für medizinische Versuchsreihen benutzt werden, handeln unethisch und menschenverachtend. Gleichermaßen ist das Handeln der Auftraggeber und ausführender Institutionen zu bewerten, die dies billigend in Kauf nehmen.

Der Landtag fordert die Pharmakonzerne, die betroffenen Krankenhäuser und das Bundesministerium für Gesundheit auf, konsequent und vollständig zur Aufklärung der im Raum stehenden Vorwürfe beizutragen. Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass Patientenakten von medizinischen Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern gesichert werden, die Hinweise darauf enthalten, dass an Menschen gegen deren Willen oder unwissentlich medizinische Versuche durchgeführt wurden. Der Landtag unterstützt, dass den aktuellen Anhaltspunkten im Rahmen eines flächendeckenden und unabhängigen Forschungsprojekts durch die Bundesregierung nachgegangen wird.

In Auswertung der Ergebnisse der Aufklärung soll die Landesregierung gemeinsam mit der Bundesregierung prüfen, ob und wer für mögliche Entschädigungsansprüche von Opfern medizinischer Versuchsreihen Verantwortung trägt.

Der Landtag stellt darüber hinaus fest, dass auch bei gegenwärtigen und zukünftigen klinischen Studien deutscher Unternehmen und Institutionen die in Deutschland geltenden ethischen Forschungsstandards im In- und Ausland strikt eingehalten werden müssen.

**Vincent Kokert und Fraktion**

**Dr. Norbert Nieszery und Fraktion**

**Begründung:**

Nach aktuellen Erkenntnissen wurden Menschen in der DDR gegen ihren Willen oder in Ausnutzung ihrer Unkenntnis für klinische Studien benutzt. Die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern, Marita Pagels-Heineking, hat festgestellt, dass auch medizinische Einrichtungen aus Mecklenburg-Vorpommern auf Listen auftauchen, die nahelegen, dass dort Menschen für medizinische Versuche missbraucht wurden. Dies muss dringend lückenlos aufgeklärt werden. In diesem Zusammenhang sind auch mögliche Entschädigungsansprüche zu prüfen.